

Bekanntmachung

Über Gerste aus der Ernte 1916. Vom 6. Juli 1916.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen:

Artikel I. Für den Verkehr mit Gerste aus der Ernte 1916 gelten die Vorschriften der Verordnung über den Verkehr mit Gerste aus dem Jahre 1915 vom 28. Juni 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 384) nebst den Bestimmungen über die Veränderung der genannten Verordnung vom 21. Oktober 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 881) und vom 27. Januar 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 65) mit den sich aus den folgenden Bestimmungen ergebenden Änderungen:

1. Im § 2 Abs. 1 wird anstatt „§§ 3 bis 7“ gesetzt: „§§ 3 bis 7 a“; ferner erhält § 2 folgenden Zusatz:

„Werden beschlagnahmte Vorräte mit Zustimmung des Kommunalverbandes in den Bezirk eines anderen Kommunalverbandes gebracht, so tritt dieser mit der Ankunft der Gerste in seinem Bezirke hinsichtlich der Rechte aus der Beschlagnahme an die Stelle des bisherigen Kommunalverbandes.“

Der Besitzer der zu versendenden Vorräte hat die Ortsänderung unter Angabe der Menge beiden Kommunalverbänden binnen drei Tagen anzuzeigen.“

2. § 3 erhält folgende Fassung:

„Der Besitzer beschlagnahmter Vorräte ist berechtigt und verpflichtet, die zur Erhaltung der Vorräte erforderlichen Handlungen vorzunehmen.“

Er ist berechtigt und auf Verlangen der zuständigen Behörde verpflichtet, auszureichen. Die Landeszentralbehörden oder die von ihnen bestimmten Behörden können über Zeit und Ort des Ausreichens, sowie über Anzeige und Befestigung des Fruchtsergebnisses Bestimmungen erlassen.

Soweit eine Vorkaufsspflicht nach § 11 besteht, kann der Besitzer von beschlagnahmter Gerste die Gerste, sobald sie ausgedroschen ist, dem Kommunalverband, zu dessen Gunsten sie beschlagnahmt ist, jederzeit zur Verfügung stellen. Der Kommunalverband hat dafür zu sorgen, daß sie gemäß den Vorschriften dieser Verordnung binnen drei Wochen abgenommen wird.“

3. Im § 6 Abs. 1 wird anstatt „die Hälfte“ gesetzt: „vier Zehntel“.

Ferner erhält Abs. 1 folgenden Zusatz:

„Soweit sie für ihren landwirtschaftlichen Betrieb Gröhe, Gransen oder Gerstenmehl herstellen oder herstellen lassen wollen, darf diese Verfeinerung nur auf Grund von Wahlkarten erfolgen, die von der zuständigen Behörde auszustellen sind und die zur Verarbeitung freigegebene Menge angeben müssen. Die Mählen dürfen Gerste nur gegen Ausbändigung der Wahlkarte zur Verarbeitung annehmen oder verarbeiten.“

4. § 6 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

„Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe dürfen ferner, wenn ihnen ein Kontingent (§ 20 Abs. 1) gegeben ist, ihre gesamten Vorräte in eigenen Betrieben verarbeiten, insofern dabei das Kontingent nicht überschritten wird.“

5. § 7 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„Trotz der Beschlagnahme dürfen Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe aus ihren Vorräten

- a) Gerste an die vom Reichskanzler bestimmte Stelle oder die von dieser Stelle bezeichneten Stellen unmittelbar oder durch Vermittelung des Handels,

- b) Gerste für Betriebe mit Kontingent auf Gerstenbezugschein (§ 20 Abs. 4) liefern.“

6. Hinter § 7 wird folgender § 7 a eingefügt:

„Die Veräußerung und der Erwerb von Sommergerste zu Saat Zwecken ist bis auf weiteres untersagt. Der Reichskanzler kann dies Verbot aufheben und die näheren Bestimmungen über den Verkehr mit Gerste zu Saat Zwecken erlassen.“

Wintergerste darf zu Saat Zwecken nur nach Maßgabe der nachstehenden Vorschriften veräußert und erworben werden:

- a) Die Veräußerung, der Erwerb und die Lieferung ist nur gegen Wahlkarten erlaubt. Die Wahlkarte wird auf Antrag dessen, der Getreide zu Saat Zwecken erwerben will, von dem Kommunalverband ausgestellt, in dessen Bezirk die Ausaat erfolgen soll; bei Händlern von dem Kommunalverband, in dessen Bezirk der Händler seine gewerbliche Niederlassung hat. Der Kommunalverband kann die Ausstellung der Karten an andere Stellen übertragen.

- b) Der im § 2 vorgeschriebenen Zustimmung des Kommunalverbandes zur Veräußerung und Lieferung bedarf es nicht,

sofern Unternehmer anerkannter Saatgutwirtschaften selbstgezogene Saatgerste veräußern, sowie für die Veräußerung und Lieferung durch zugelassene Händler. Unternehmern anderer landwirtschaftlicher Betriebe, die sich nachweislich in den Jahren 1913 und 1914 mit dem Verkaufe von Saatgerste befäßt haben, kann der Kommunalverband die Genehmigung zur Veräußerung und Lieferung selbstgezogener Saatgerste zu Saat Zwecken allgemein erteilen.

- c) Wer mit nicht selbstgebaute Wintergerste zu Saat Zwecken handeln will, bedarf der Zulassung durch die Reichsmittelstelle oder die von ihr bezeichneten Stellen.

Der Reichskanzler erläßt die näheren Bestimmungen über die Saatarten, sowie über den Verkehr mit Wintergerste zu Saat Zwecken. Er bestimmt, welche Wirtschaften als anerkannte Saatgutwirtschaften anzusehen sind.“

7. § 8 erhält folgende Fassung:

„Die Beschlagnahme endet mit dem freihändigen Eigentumsverwerbe durch die nach § 7 Abs. 1 a bestimmte Stelle oder die von ihr bezeichneten Stellen oder den Kommunalverband, für den beschlagnahmt ist, mit der Enteignung oder mit einer nach den Vorschriften dieser Verordnung zugelassenen Verwendung.“

8. Im § 10 wird unter Nr. 1 hinter „verarbeitet“ eingefügt:

„zur Verarbeitung annimmt, verarbeiten läßt“.

Die Nr. 5 erhält die Nr. 7; es werden folgende neue Nummern 5 und 6 eingefügt:

5. Wer Gerste zu Saat Zwecken verkauft oder kauft, wenn er weiß, oder den Umständen nach annehmen muß, daß sie nicht zu Saat Zwecken bestimmt ist;

6. Wer den Vorschriften im § 7 a oder den vom Reichskanzler auf Grund des § 7 a Abs. 3 erlassenen Bestimmungen zuwiderhandelt;“

9. Im § 11 wird im Abs. 1 anstatt „die Hälfte“ gesetzt: „sechs Zehntel“.

Im Abs. 3 ist anstatt „können im Falle nachgewiesenen Bedürfnisses durch den Kommunalverband von der Lieferungsspflicht nach Abs. 1 insofern befreit werden“ zu setzen: „sind durch den Kommunalverband von der Lieferungsspflicht nach Abs. 1 insofern zu befreien“;

ferner ist anstatt „die Hälfte“ zu setzen „vier Zehntel“.

10. § 12 erhält folgenden Absatz 2:

„Hat der Unternehmer Gerste zu Saat Zwecken erworben, so erhöht sich die von ihm abzuliefernde Menge dementsprechend.“

11. Im § 13 Abs. 1 werden am Schlusse die Worte gestrichen: „sie wird mit der Aussonderung von den Beschlagnahme frei“.

Im § 13 Abs. 2 wird anstatt „Zentralstelle zur Beschaffung der Heeresverpflegung“ gesetzt: „nach § 7 Abs. 1 a bestimmten Stelle“.

12. Hinter § 13 wird folgender § 13 a eingefügt:

„Erwerber von Gerste haben die Mengen, die sie nicht zu dem Zwecke verwenden können, zu dem sie erworben haben, auf Verlangen an den Kommunalverband, für den sie beschlagnahmt sind, käuflich zu liefern. Die Vorschriften in den §§ 13 bis 17 finden entsprechende Anwendung.“

13. Im § 16 ist hinter:

„Der Besitzer hat“ einzufügen: „vorbehaltlich der Vorschrift im § 3 Abs. 3.“

14. § 19 erhält folgende Fassung:

„Die Kommunalverbände haben auf Grund der Ernteschätzung nach der Verordnung vom 18. Mai 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 383) und der Voranschätzung der Ernte nach der Verordnung, betreffend die Erntevoranschätzungen im Jahre 1916, vom 21. Juni 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 547), bis zum 1. August 1916 der Reichsmittelstelle anzugeben, wie groß die Gerstenernte ihres Bezirkes zu schätzen ist. Die Kommunalverbände haben darüber zu wachen, welche Veränderungen sich gegenüber der Voranschätzung nach Abs. 1 auf Grund des Fruchtsergebnisses ergeben. Diese Veränderungen sind bei der monatlichen Anzeige (§ 26) zu berücksichtigen.“

15. § 20 erhält folgende Fassung:

„Der Reichskanzler oder die von ihm bestimmte Stelle setzt fest, welche Betriebe Gerste verarbeiten oder verarbeiten lassen dürfen und in welcher Menge (Kontingent), und trifft die zur Durchführung und Ueberwachung erforderlichen Anordnungen. Das Kontingent wird mit der Zeit bis 30. September 1917 festgesetzt. Für die Bemessung der Gerstenkontingente der Bierbrauereien sind die für sie festgesetzten Malzkontingente maßgebend. Das Umrechnungsverhältnis von Malz in Gerste bestimmt der Reichskanzler oder die nach Abs. 1 bestimmte Stelle. Für die im zweiten oder dritten Vierteljahr 1916

etwa erhaltene Malzkontingentmengen werden Gerstenkontingente nicht gewährt.

Der Reichskanzler oder die nach Abs. 1 bestimmte Stelle fest setzt.

a) wieviel Gerste jeder Kommunalverband zu liefern hat. Dabei ist zu berücksichtigen, daß ihm vier Behtel seines Ernterzeugnisses zu belassen sind; es können Fristen für die Lieferung festgelegt werden;

b) in welcher Weise die zur Verfügung stehende Gerste an die nach § 7 Abs. 1 a bestimmte Stelle, die Seeresverwaltungen, die Marineverwaltung, Landesstuttermittelfstellen, Kommunalverbände und Betriebe mit Kontingent zu verteilen oder wie sie sonst zu verwenden ist.

Der Reichskanzler oder die nach Abs. 1 bestimmte Stelle kann für den Ankauf der den Betrieben nach Abs. 1 zur Verarbeitung zugewiesenen Gerste Bezugscheine (§ 7 Abs. 1 unter b) ausstellen und trifft die näheren Bestimmungen über den Ankauf der Gerste und die Ausgabe der Bezugscheine.

Den Graupenmüllern, den Betrieben, die Gersten- oder Malzkaffee, Brehete oder Malzertrakt herstellen, sowie den Malmehlkauereien wird ihr Bedarf, soweit sie ihn nicht durch freihändigen Ankauf (Abs. 4) decken, von der Reichsstuttermittelfstelle durch die nach § 7 Abs. 1 a bestimmte Stelle überwiesen. Der Reichskanzler kann bestimmen, daß in gleicher Weise Gerste auch an andere Stellen überwiesen wird.

16. § 22 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„Aus dem Bezirk eines Kommunalverbandes darf Gerste nur entfernt werden, wenn sie an die nach § 7 Abs. 1 a bestimmte Stelle oder die von ihr bezeichneten Stellen oder zu Saatweiden (§ 7 a) oder an Betriebe mit Kontingent (§ 20 Abs. 1) geliefert werden soll.“

Ferner ist im § 22 unter Abs. 2 hinter „die Entfernung“ einzufügen: „vorbehaltlich der Vorschriften im § 7 a“; hinter „aus wichtigen Gründen verlangen“ wird eingefügt: „Als wichtiger Grund gilt nicht schon die Tatsache, daß bereits sechs Behtel der Gerstenernte aus dem Bezirk entfernt sind.“

17. § 23 erhält folgende Fassung:

„Jeder Kommunalverband hat dafür zu sorgen, daß die nach § 20 Abs. 3 a festgesetzten Mengen innerhalb der etwa bestimmten Frist der nach § 7 Abs. 1 a bestimmten Stelle zur Verfügung gestellt werden. Liefert ein Kommunalverband die festgesetzten Mengen der innerhalb etwa bestimmten Frist nicht oder nicht vollständig ab, so kann die Stelle die fehlenden Mengen, nötigenfalls in Wege der Enteignung in seinem Bezirk erwerben.“

Der Kommunalverband kann verlangen, daß die Stelle größere Mengen und früher abnimmt. Das Verlangen muß ihr spätestens zwei Wochen vor dem beantragten Abnahmetermin zugehen.“

18. § 24 erhält folgenden Abs. 2:

„Die abzuliefernden Mengen erhöhen sich um die Mengen von Gerste, die aus anderen Kommunalverbänden zu Saatweiden (§ 7 a) eingeführt werden.“

19. Im § 25 ist anstatt „die Hälfte“ „sechs Behtel“ und anstatt „Zentralstelle zur Beschaffung der Seeresverpflegung“ zu setzen: „nach § 7 Abs. 1 a bestimmten Stelle“.

20. Im § 26 werden die Worte „erstmalig bis zum 5. August 1916“ gestrichen.

21. § 27 erhält folgende Fassung:

„Jeder Betrieb mit Kontingent (§ 20 Abs. 1) darf im Rahmen seines Kontingents Gerste verarbeiten und verarbeiten lassen. Die Betriebsunternehmer haben Vorräte, die nach § 6 Abs. 2 verarbeitet worden sind, monatlich bis zum 5. des auf die Verarbeitung folgenden Monats der Reichsstuttermittelfstelle anzuzeigen.“

Betriebe mit Kontingent (§ 20 Abs. 1), die eine eigene Mälzerei haben, dürfen in dieser für andere Betriebe nicht mehr Gerste vermälzen, als sie im Jahresdurchschnitt der Zeit vom 1. Oktober 1912 bis zum 30. September 1914 für andere Betriebe vermälzt haben. Ausgesamt (für andere Betriebe und für ihren eigenen Bedarf) dürfen sie nicht mehr vermälzen, als den Jahresdurchschnitt in dem genannten Zeitraum.“

22. § 28 erhält folgende Fassung:

„Hat jemand unbefugt Gerste erworben, verarbeitet oder hat er mehr Gerste erworben, verarbeitet oder verarbeiten lassen, als nach seinem Kontingent (§ 20 Abs. 1) zulässig ist, so verfällt sie ohne Entgelt zugunsten der nach § 7 Abs. 1 a bestimmten Stelle. Ist die Gerste verarbeitet, so tritt an ihre Stelle das daraus gewonnene Erzeugnis oder, soweit dies nicht mehr erzielt werden kann, sein Wert oder, wenn der erzielte Verkaufspreis höher ist, dieser.“

23. § 30 erhält folgende Fassung:

„Die Unternehmer von Betrieben, die Gerste oder Malz verarbeiten, sowie die von ihnen bestellten Betriebsleiter und Aufsichtspersonen haben der Reichsstuttermittelfstelle auf Erfordern Auskunft über die Betriebsverhältnisse zu geben.“

Sie sind verpflichtet, den Beamten der Polizei und den Sachverständigen auf Erfordern die vorhandenen und bereits verarbeiteten Gerste- oder Malzmengen sowie deren Herkunft anzugeben.“

24. § 32 erhält folgende Fassung:

„Ausvurgerste und Schwimmgerste unterliegen der Regelung für die Kraftstuttermittel.“

25. Im § 33 wird unter Abs. 1 anstatt „Absatz 2 b“ gesetzt: „Abs. 3 b“ und anstatt „die Zentralstelle zur Beschaffung der Seeresverpflegung überwiesen hat“ „überwiesen ist“.

Ferner wurden im Abs. 2 die Worte „für den Weiterverkauf“ gestrichen.

26. Im § 34 Abs. 1 wird „§ 32“ gestrichen.

27. Im § 34 Abs. 2 wird anstatt „Zentralstelle für Beschaffung der Seeresverpflegung“ gesetzt: „nach § 7 Abs. 1 a bestimmten Stelle“, und hinter „entscheidet“ wird eingefügt: „nach Anhörung der Beteiligten“.

28. Im § 35 wird anstatt „sechs Monate“ gesetzt: „einem Jahre“ und anstatt „hundertsechshundert“: „sechshundert“.

Ferner wird der Nr. 1 hinzugefügt: „oder den nach § 20 Abs. 1, Abs. 4 erlassenen Bestimmungen zumverhandelt“; Nr. 3 wird gestrichen. Nr. 2 erhält die Nr. 3; es wird folgende neue Nr. 2 eingefügt:

„wer die im § 27 Abs. 1 Satz 2 vorgeschriebene Anzeige nicht bis zu dem gesetzten Zeitpunkt erstattet oder wer wesentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht.“

29. §§ 41, 42 und 45 werden gestrichen.

30. § 43 wird § 41; sein Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„Die Vorschriften dieser Verordnung beziehen sich nicht auf Gerste, die aus dem Ausland eingeführt wird. Diese Gerste unterliegt der Verordnung, betreffend die Einfuhr von Getreide, Hülsenfrüchten, Mehl und Futtermitteln, vom 11. September 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 569) in der Fassung vom 4. März 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 147).“

31. § 44 wird § 42; anstatt „§ 43 Abs. 2“ wird gesetzt: „§ 41 Abs. 2“.

Artikel II. Der Reichskanzler wird ermächtigt, den Text der Verordnung über den Verkehr mit Gerste, wie er sich aus dieser Verordnung ergibt, unter der Überschrift „Bekanntmachung über Gerste aus der Ernte 1916“ im Reichs-Gesetzblatt bekanntzumachen. Er kann weitere Übergangsvorschriften erlassen.

Artikel III. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens. Für den Verkehr mit Gerste aus dem Erntejahr 1915 bleiben die jetzt dafür geltenden Vorschriften bis zum 30. September 1916 einschließlich maßgebend, von diesem Zeitpunkt ab gelten auch für ihn die Vorschriften dieser Verordnung.

Gerste aus der Ernte des Jahres 1915 bleibt für den Kommunalverband beschlagnahmt, für den sie am 30. September 1916 auf Grund der bisherigen Vorschriften beschlagnahmt ist.

Berlin, den 6. Juli 1916.
Der Stellvertreter des Reichskanzlers.
Dr. Seiffertich.

Bekanntmachung

Aber den Verkehr mit Knochen, Rinderhäuten und Hornschländen.
Vom 13. April 1916.

Unter Bezugnahme auf die Bundesratsverordnung vom 13. April 1916 (Kreisblatt Nr. 41) und die dazu gehörigen Ausführungsbestimmungen vom 2. Mai 1916 (Kreisblatt Nr. 47) über den Verkehr mit Knochen, Rinderhäuten und Hornschländen machen wir darauf anmerksam, daß sämtliche Kriegsfuttermittel, die ganz oder teilweise aus Knochen hergestellt sind, jetzt ausschließlich unter Aufsicht des Kriegsausschusses für Ersatzfutter, Berlin W. 35, Bülowstraße 33/36 hergestellt werden, und daß diese Futtermittel nur durch die Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte G. m. b. H., Berlin W. 35, Potsdamerstraße 30 den Kommunalverbänden überwiesen werden und durch letztere zu beziehen sind.
Gießen, den 21. Juli 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. Usinger.

Bekanntmachung.

Betr.: Fernhalten unzuverlässiger Personen vom Handel; hier: des Alfred Fröhlich von Gießen.

Durch Beschluß des Kreisaußenbüros des Kreises Gießen vom 15. Juli 1916 ist der Agent Alfred Fröhlich von Gießen (Mordanlage 31) als unzuverlässige Person vom Handel ausgeschlossen.
Gießen, den 17. Juli 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
J. B. Langermann.

Bekanntmachung.

Betr.: Milzbrand in Luedborn.
Der Milzbrand in der Schafherde in Luedborn ist erloschen.

Gießen, den 20. Juli 1916.
Großherzogliches Kreisamt Gießen.
J. B. Demmerde.